

MILLIONEN-DING. Frankreich will mit der DDR groß ins Geschäft kommen. Zehntausend französische Eisenbahn-Waggons im Wert von 350 Millionen D-Mark sollen in den nächsten Jahren gegen einen Sieben-Jahres-Kredit aus der Pariser Staatskasse in die DDR geliefert werden. Nach dem Engagement des französischen Stahlgiganten Schneider-Creuzot im Erdöl-Verarbeitungswerk Schwedt und der Beihilfe des staatlichen französischen Autokonzerns Renault bei der Produktion des DDR-Pkw „Wartburg“ ist das Waggon-Geschäft der dritte Großkontrakt zwischen Frankreich und der DDR. Die Bundesregierung, die derart langfristige Kredite der DDR bislang stets verweigerte, sieht ihre Interessen durch das Millionen-Ding nicht berührt. Wirtschafts-Staatssekretär Klaus Dieter Arndt: „Darüber braucht man sich nicht aufzuregen, politisch ist das nicht der Rede wert.“

BERATER. Bonns Außenbeamte verhinderten Flüge von Köln nach Leipzig. Sie empfahlen ihren Kollegen vom Bundesverkehrsministerium, geplante Messeflüge nicht zuzulassen. Die niederländische Chartergesellschaft „Martin's Air Charter“ hatte sich im Auftrag des Kölner Reisebüros „Osttourist“ — unter anderem Vertreter der sowjetischen „Intourist“ und des DDR-„Reisebüros“ — um die Genehmigung von vier Transfer-Flügen zur Leipziger Messe bemüht. Ein AA-Sprecher zur ablehnenden Haltung

seines Amtes: „Sämtliche Luftfahrtfragen zwischen der BRD und dem anderen Teil Deutschlands sind noch offen. Wir wollen nichts präjudizieren.“ Wenn einmal ein Abkommen zwischen Pankow und Bonn existiere, könne ja schließlich auch die Lufthansa fliegen. Die für den Luftverkehr verantwortlichen Beamten im Hause Georg Lebers machten sich die AA-Meinung zu eigen und erteilten den Holländern unter Aktenzeichen L 3 — 322 — 73 — 205 A 70 ohne Angabe von Gründen eine Absage.

EHRENZEICHEN. Bundespräsident Gustav Heinemann, der bei seiner Goodwill-Reise durch Dänemark „nicht verschweigen und nicht vergessen“ wollte, was sich während der deutschen Besetzung ereignet hatte, stieß bereits bei seiner Ankunft auf dem Flugplatz Kastrup auf die Vergangenheit: Der deutsche Militär-Attaché an der Botschaft in Kopenhagen, Kapitän zur See August Hoepner, erschien mit Weltkrieg-II-EK I und Zerstörer- und Minensuchboot-Kriegsabzeichen in Originalformat. Heinemann, so sein Staatssekretär Dietrich Spangenberg, „hat sich natürlich geärgert“. Heinemann: „Ich sage dazu nichts mehr.“ Schon beim Staatsbesuch in Holland hatte der Bundespräsident über den Ordensspitz des dortigen Militär-Attachés Erhard Freiherr von Thielmann Anstoß genommen. Staatssekretär Spangenberg will nun bei seinen Kollegen vom Verteidigungsministerium die Frage

klären, ob Kriegsveteranen nicht eine Art Miniaturorden anstelle der großformatigen Originalabzeichen tragen könnten. Grund zum Ärger mit Deutschen hatte auch Dänemarks König, Frederik IX.: Während der Monarch und Bundespräsident Heinemann die Internationale Hochschule in Helsingør besichtigten, hielt Gast und Bundesaußenminister Walter Scheel eine unangemeldete Pressekonferenz im Schulpark. Ein dänischer Außenamtsbeamter: „Der König war sauer.“

KOPFGELD. Notar Wilhelm Daniels, 66, vormals Bonns Bürgermeister, will vom Staat 74 737,50 Mark. Als im vergangenen Jahr die CDU im Wahlkreis Bonn nicht Daniels, sondern den Godesberger Rechtsanwalt Alo Hauser, 39, für den Bundestag nominiert hatte, kandidierte Daniels im Alleingang und gewann 20,1 Prozent der Stimmen. Da laut Gesetz Parteien, die bei Bundestagswahlen im Bundesgebiet ein halbes Prozent oder in einem Wahlkreis mindestens 10 Prozent der gültigen Stimmen erhalten, pro Wähler 2,50 Mark Wahlkampf-Kosten aus der Staatskasse ersetzt bekommen, forderte der durchgefallene Daniels vom zuständigen Bundestagspräsidenten das Kopfgeld für seine 29 895 Bonner Stimmen. Erst am vergangenen Donnerstag, nachdem Rechtsexperten und Bundestagsausschüsse den Fall beraten hatten, teilte Kai-Uwe



Kurzen Prozeß mit gefangenen Guerillas

machen Portugals Soldaten in den Nordregionen der Übersee-Provinz Moçambique. Die etwa 40 000 in der südafrikanischen Kolonie stationierten Soldaten treffen bei den Kämpfen in den schwach besiedelten Grenzgebieten zu Tansania, Sambia und Malawi nur selten direkt auf Truppen

der von Tansania aus gesteuerten schwarzen „Befreiungsfront für Moçambique“ („Frelimo“). Um so häufiger dagegen geraten sie in dem unübersichtlichen Buschgelände in Hinterhalte: Die Hälfte ihrer Ausfälle werden durch Minen verursacht. Gelegentlich fangen sie trotzdem einen

Guerilla oder Verdächtigen, und was diesem geschehen kann, wenn er sich nicht „umdrehen“ und als Spion in die eigenen Reihen zurückschicken läßt, photographierte ein portugiesischer Soldat während einer Patrouille in Nord-Moçambique: Der Gefangene wurde mit einer Machete enthauptet.

von Hassel dem Petenten mit, er werde kein Geld bekommen, da im Parteiengesetz Einzelbewerber nicht erwähnt würden. Daniels, der 75 000 Mark eigenes Geld in seinen Wahlkampf investiert hat, gibt noch nicht auf: „Nötigenfalls gehe ich bis zur letzten Instanz“ — dem Bundesverfassungsgericht.

CHRISTLICHES WERBEN. Bayerns CSU umwirbt vor den Landtagswahlen (22. November 1970) die Gewerkschaften immer inniger. So wurde dem Landesvorsitzenden des DGB in Bayern, Wilhelm Rothe, eine bisher einmalige Ehre zuteil: Er durfte in einer Kabinettsitzung des bayrischen Ministerrats seine Ansichten zur Sozialpolitik darlegen. Darüber hinaus hat CSU-Generalsekretär Max Streibl dem DGB mitteilen lassen, das Parteiorgan „Bayernkurier“ sei angewiesen worden, ab sofort alle Angriffe auf die Gewerkschaften einzustellen. Schließlich hat sich der CSU-Vorstand eindeutig vom Christlichen Gewerkschaftsbund, der bisher stets gefördert wurde, distanziert. Landesvorsitzender Rothe läßt sich die Annäherungsversuche der CSU gern gefallen. Er will erreichen, daß der Arbeitnehmerflügel innerhalb der Union gestärkt wird, und glaubt gleichzeitig, mit seiner Haltung die SPD zwingen zu können, sich stärker der Arbeitnehmerinteressen anzunehmen.

BAHN-ERSATZDIENST. Die Bundesbahn will ihren Arbeitskräftemangel durch den Einsatz von Wehrdienstverweigerern beheben. In ersten Gesprächen mit dem Beauftragten für den zivilen Ersatzdienst, Iven, motivierte die Frankfurter DB-Hauptverwaltung ihren Rekrutierungs-Wunsch mit der Feststellung, der Bahndienst der Kriegsunwilligen sei ein Dienst an der Gesellschaft. Die Bundesbahn beschäftigt derzeit zwar 390 400 Arbeitskräfte, aber etwa 10 000 Stellen sind unbesetzt. Bundes-Beauftragter Iven, erst seit April im Amt, will bereits in seiner für Mitte des Monats angekündigten Konzeption über Aufgaben und Möglichkeiten des Ersatzdienstes auf den Eisenbahner-Vorschlag eingehen. Bisher einziger Iven-Kommentar: „Ich hätte keine Bedenken, 250 Dienstwillige zum Sozialwerk der Bundesbahn zu lassen.“

ZITAT. „Es ist gespenstisch, daß auch im Hitler-Stalin-Pakt beide Seiten erklärt hatten, sie handeln so in Verantwortung für den Frieden.“ (CSU-Chef Franz Josef Strauß zu Kanzler Brandts Bemühungen um einen Gewaltverzichts-Vertrag mit der Sowjet-Union.)

Ein Startplatz frei für geplanten Aufstieg im kreativen Marketing.

Eine Herausforderung an junge Leute, die das Einmaleins des Marketing und der Werbung gelernt haben und einen der schwierigsten Märkte für richtig halten, um zu zeigen, was sie können.

Startposition:

Assistent im Produkt- management

Bewerbungen an
H.F. & Ph.F. Reemtsma,
2 Hamburg 52, Postfach 500,
Tel. 82 20 512.



REEMTSMA